

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

## Amtsblatt

Verlagsort: Rieser, am 14. August 1919.

Postamt: Leipzig 21308.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Rieser, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 186.

Donnerstag, 14. August 1919, abends.

72. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Posthalter vierteljährlich 4,50 Mark, monatlich 1,50 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 7 mm hohe Druckzeile (7 Silben) 40 Pf., Ortspreis 35 Pf.; getraubener und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Plaga eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch der Druckerei, der Lieferanten oder der Verlegerungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Döbel, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Ditzsch, Rieser.

### Bekanntmachung über den Verkauf von Kohlenmeldefarben für gewerbliche Betriebe.

Der Bedarf an Kohlenmeldefarben ist für die Meldung „September“ bis zum 15. August bei den Ortskohlenstellen anzumelden. Eine unmittelbare Ausgabe der Kohlenmeldefarben an die einzelnen Firmen erfolgt durch das Landeskohlenamt jezt nicht mehr. Der Preis für ein Kilo (6 Karten) erhöht sich auf 50 Pfennige. Einzelne Karten kosten nach wie vor je 10 Pfennige.

Dresden, den 12. August 1919.

Br. B. Nr. 1 J. A.

Arbeitsministerium, Landeskohlenamt.

8708

Versteigerungen von Fahrzeugen, Geschirren und Meubelstücken aus Geeresbeständen finden bis auf weiteres nicht mehr statt. Wieder-Aufnahme der Versteigerungen wird ferner in den Amtsblättern bekanntgegeben werden.

Dresden, den 8. August 1919.

4853 o D M 1

Rechtsverwertungsamt, Landesstelle Sachsen.

8822

### Verlust von Lebensmittelmarken.

Den Anträgen auf Ersatz verloren gegangener Lebensmittelmarken wird nicht mehr entsprochen werden. Die Haushaltungsordnungen haben daher für sorgfältige Aufbewahrung der Marken zu sorgen und sie nicht unsauberlichen Personen anzuvertrauen.

Großenhain, am 6. August 1919.

Die Amtshauptmannschaft.

### Die neue Verfassung in Kraft getreten.

Das Reichsgesetzblatt veröffentlicht die neue Verfassung, die damit in Kraft getreten ist. Der Reichspräsident hat den bisherigen Präsidenten des Reichsministeriums, Herrn Gustav Bauer, zum Reichspräsidenten ernannt. Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung führt von jetzt an die Bezeichnung „Reichstag“. Die bisherige Vertretung der Landesregierungen bei der Reichsregierung, der Staatenausschuss, hat aufgehört zu bestehen. An seine Stelle ist der „Reichsrat“ getreten. Der Reichspräsident hat eine Verordnung erlassen, daß alle Beamten des Reichs und der Länder, der Gemeinden, Kommunalverbände und sonstigen öffentlichen Anstalten, sowie die Angehörigen der Wehrmacht unverzüglich auf die Reichsverfassung zu vereidigen sind.

### Nationalversammlung.

Präsident Freytag eröffnete die gestrige Sitzung um 2 Uhr 15 Minuten. Fortsetzung der Beratung der großen Steuererlasse. Abg. Dr. Braun-Branken (Sax.): Bevor die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Volkes durch eine Steuer, wie die Umsatzsteuer, auf das äußerste angespannt wird, sollte man vor allem versuchen, aus der Erbschaftsteuer mehr herauszuholen. Es ist überaus peinlich, der Regierung einen weiteren Kredit von 6 Milliarden zur vorübergehenden Verfertigung der Betriebsmittel bewilligen zu lassen. Hoffentlich wird uns spätestens im Herbst eine endgültige Abrechnung vorgelegt, so daß wir endlich zu einer geregelten Staatswirtschaft kommen. Auf der anderen Seite muß bei Ausgabebewilligungen der Wille zur Sparlichkeit endlich in die Tat umgesetzt werden. Eine Annullierung der Kriegsanleihen lehnen wir ab, weil dadurch das ganze Wirtschaftswesen einfach zum Stillstand gebracht und die Kreditwürdigkeit des Reichs vernichtet werden würde. Im übrigen sprechen wir nicht zurück vor konfiskatorischen Steuern. Allerdings unterscheiden wir zwischen konfiskatorischen und ruinösen Steuern. Zu den ruinösen Steuern rechnen wir das Reichsopfer nicht. Im Gegenteil, die Progression in den oberen Stufen muß noch verstärkt werden. Milliarden darf es künftig in Deutschland überhaupt nicht mehr geben. Dagegen müßte auf die kleinen Rentner mehr Rücksicht genommen werden. An die Stelle der Wehrsteuer, die wir ja nicht mehr einführen können, müßte eine Steuerbelastung aller derjenigen treten, die sich während des Krieges haben reklamieren lassen. Auch die Besteuerung der toten Hand muß in das vorliegende Gesetz hineingearbeitet werden. Abg. Forst (Sax.): Die Kommissionsberatung wird Anlaß bieten, noch manchen Schönheitsfehler aus der Vorlage zu entfernen. Bei den im 2. 21. festgelegten Steuererläsen scheint uns, namentlich bei den unteren Reichen nicht genügend Rücksicht auf hinterreichere Familien genommen zu sein. Wir verlangen ferner, daß die Einkommen von Kriegsanleihen vom Reich nicht im Stich gelassen werden, da sie sich dem Vaterlande in der Zeit der Not zur Verfügung gestellt haben. In Verbindung ist Promptheit das erste Erfordernis der Ordnung, deshalb werden wir die Beratungen durch grundsätzliche Erörterungen weder in der Kommission noch im Plenum anhalten.

Abg. Genrich (Dem.): Die bisher erhobenen Steuern werden immer noch einen Fehlbetrag von elf Milliarden lassen. Diese auf die Einkommensteuer zu nehmen, halte ich für unmöglich. Das Reichsopfer ist eine Wiedererstattung im besten Sinne des Wortes und ein Ehrenfeld des Volkes. Vor einer Zwangsanleihe brauchen wir keine Furcht zu haben. Nützlich ist jedenfalls eine einheitliche Ausgestaltung des Steuerverfahrens und gleiche Ausbildung der Beamten. Wir wollen uns hüten, Zentralisierung mit Einheitlichkeit zu verwechseln. Abg. Kraus (Deutschn.): Noch immer fehlt uns eine Gesamtübersicht über den Steuerbedarf, nicht nur über den des Reichs, sondern auch der Länder und Kommunen. Für uns können die direkten Steuern nur im Zusammenhang mit den indirekten veranschlagt werden. Wir werden uns hüten, direkte Steuern ohne das entsprechende Maß indirekter Steuern zu bewilligen. Wir wollen auch unfererseits durchaus zur Sanierung der deutschen Finanzen beitragen, aber es fragt sich, ob unter diesen Umständen eine so starke Belastung, wie sie das Reichsopfer uns zumutet, zu ertragen ist. Der Entwurf einer Reichseinkommensteuer muß uns vorliegen, bevor der Tarif im Reichsopfer überhaupt beraten werden kann. Es wird hier ein gewaltiger Schritt zur Sozialisierung und Kommunalisierung getan.

Was die Reichsopferordnung betrifft, so sind wir mit ihrem Grundgedanken, eine Vereinfachung der Steuer- veranlagung und Erhebung herbeizuführen, selbstverständlich einverstanden. Bedenken aber haben wir dagegen, daß dadurch eine Machtvollkommenheit in die Hand des Reichsfinanzministers gelegt wird, wie sie kaum je ein Diktator gehabt hat. Abg. Barm (Unabh.): Der Versuch, den Besitz zur Abgabe heranzuziehen in einer Höhe, die die radikalsten bürgerlichen Finanzpolitiker vor dem Kriege in ihren kühnsten Träumen sich nicht haben vorstellen können, wird an dem Widerstand scheitern, den die davon betroffenen Gesellschaften dieser Steuer innerlich entgegenbringen. Man sucht die Lasten auf die indirekten Steuern, insbesondere auf die Verbrauchssteuern und damit auf die Schultern der breiten Massen, abzuwälzen. Man spricht bereits von einem Wechselschritt und von einer Gleichsteuer. Unter keinen Umständen werden wir für die Umsatzsteuer stimmen. Die Reichsopferordnung mit einer einheitlichen und unbefugten Steuerverwaltung ist eine alte sozialdemokratische Forderung. Es besteht die Gefahr, daß sie hinfertig werden wird. Dann wird allerdings draußen ein Sturm entstehen, wie wir ihn seit dem Novembersturm gegen die alte Regierung nicht erlebt haben. Abg. Dr. Becker-Hessen (Deutsche Vpt.): In den letzten Monaten ist die Moral tief gesunken, und unter der Steuerlast ist ein förmliches Gewerbe entstanden, das Vermögen der Besteuerung zu entziehen. Dagegen ist mit allen Mitteln vorzugehen. Auf das Reichsopfer hat die Entente keinen Rechtsanspruch. Würde sie ihn doch erheben, so wäre das eine Gewaltthat, wie sie deren sich allerdings schon mehrere erlaubt hat. Eine Wiederumkehrung ist das Reichsopfer nicht.

Reichsfinanzminister Erzberger: Ich ziehe aus der bisherigen Erörterung das erfreuliche Ergebnis, daß in der überwiegenden Mehrheit des Hauses ein äußerst scharfer Wille vorhanden ist, an der Befreiung der Reichsfinanzen mitzuarbeiten. Einen abweichenden Standpunkt hat nur die äußerste Rechte und die äußerste Linke eingenommen. Der Streit über direkte und indirekte Steuern gehört der Vergangenheit an. Der bisherige Erlass aus Geeresbeständen beträgt gegen vier Milliarden, auf eine weitere Milliarden ist vielleicht noch zu rechnen. Die Befürchtung, daß durch die Reichseinkommensteuer das eigene Leben der Gemeinden unmöglich gemacht werden könnte, ist unbegründet. Die Ausarbeitung eines Gesetzes über die Landesbesteuerung erfolgt in fortgesetzter Fühlungnahme mit den Ländern und Gemeinden. Ihr Hauptziel ist, eine gleiche Behandlung in steuerlicher Beziehung für jeden Steuerpflichtigen herbeizuführen, ganz gleich, wo er wohnt, und die Steuern an der Quelle zu erfassen, und zwar am besten bei jedem Lohn- und Gehalts- empfang. Man hat damit in Leipzig ausgezeichnete Erfahrungen gemacht. Nachdem heute wieder gesagt worden ist, wir brähten der Entente die Erträge der Vermögens- abgabe aus dem Präsentierteller entgegen, muß ich gegen eine solche Auffassung den entschiedensten Protest einlegen. Damit arbeiten Sie (nach rechts) nur den Feinden in die Hände. (Beifall und Widerspruch.) Für die Regierung gibt es nur einen Standpunkt in dieser Frage. Nach dem Friedensvertrag kann und darf der Feind unter keinen Umständen auf irgendeine Einnahmequelle, also auch nicht auf das Reichsopfer, Verzicht legen. Der Übergang der Landes- verwaltung auf die Reichsverwaltung wird mit der größten Schonung der bestehenden Organisationen geschehen.

Abg. Waldheim (Dem.): Wir danken dem Abg. Barm, daß er die Steuerpflicht auf die Arbeiter in vollem Umfang ausgebreitet wissen will, wir sind aber gegen die Beteiligung der Arbeiterräte an der Steuerveranlagung. Die hohe Umsatzsteuer wird hollentlich in dieser Form bald wieder verschwinden können, sie ist dann einfacher auszubauen. Steht bleibt zu beachten, daß die Steuer nicht so hoch wird, daß sie den Verleber tötet. Bei dieser Umsatzsteuer wird auch eine Besteuerung der Inzerte kommen. Vernünftiger gehalten, braucht sie unsere unabhängige Presse nicht zu verächtlichen. Hieraus wird die Beratung abgebrochen. Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr: Interpellation Wackhoff de Bente, wegen Bewährung weiterer Kredite für den Bau von Kleinwohnungen, Fortsetzung der abgebrochenen Beratung, kleinere Vorlagen.

### Zugespinnthe.

Deutsches Reich.

Verstaatlichung von Eisenbahnen. Der Nationalver- sammlung ist der Entwurf eines Gesetzes betreffend Über- führung des Eisenbahnbau- und des Eisenbahnbetriebs von Privateigentum in Reichsbesitz zugegangen. Durch diesen Gesetzentwurf wird gemäß den Bestimmungen des Sozial-

versicherungsge- setzes der größte nach Friedensschluß verbleibende deutsche Eisenbahnbau den Interessen der Allgemeinheit dienlich gemacht. Nach diesem Gesetzentwurf wird die Reichsregierung ermächtigt, das Eigentum an Aktien den Aktionären gegen Entschädigung zu entziehen und es auf das Reich zu übertragen. Das Reich hat die Aktionäre nach dem Werte der Aktien zu entschädigen.

Das vom Generalobersten v. Wäffler, dem früheren Generalgouverneur von Polen, gegen sich selbst beantragte gerichtliche Verfahren ist eingestellt worden, weil das unter- suchende Gericht weder auf militärischem noch politischem Gebiet einen Anlaß zu weiterer Verfolgung fand.

Die Heimführung des Marschalls Ulan von Sanders ist von der Entente nunmehr zugestanden worden. Feldmar- schall Rodersheim geht nach Saloniki, von wo aus er mit den anderen Gefangenen zusammen zurückgeschickt wird.

In Hof und Umgebung beherrschen die Kommunisten die Lage und agitieren gegen Bayern und das Reich.

Im Streit in Oberschlesien. Bei Verhandlungen mit Vertretern der Streikenden wurde diesen u. a. zugestanden, die Wiederrückführung des Besatzungsgebietes und die Haftent- lastung etwaiger verhafteter polnischer Führer und die Wiedereröffnung stillgelegter Betriebe. Die Vertreter der Gewerkschaften nahmen die Vorschläge an. Die Vertreter der Streikenden erklärten, mit den Vorschlägen an die Verbete- schaften heranzutreten und ihre Annahme empfehlen zu wollen. — Die in einem Teile der Presse wiedererregenen Meldungen über kommunistische Wählerereignisse in Oberschlesien sind zum mindesten arg übertrieben. Es ist nicht zu ver- kennen, daß hinter den Streiks in Oberschlesien polnische Agenten stehen, es wird auch verschiedentlich in kommuni- stischen Versammlungen Propaganda für einen General- streik gemacht. Im allgemeinen muß aber gesagt werden, daß der größte Teil der Arbeiter fest entschlossen ist, den Teilbereiten von radikaler Seite nicht nachzugeben. Für die große Masse der Bergarbeiter handelt es sich in der Haupt- sache um Erfüllung ihrer wirtschaftlichen Forderungen.

Den ehemaligen Kriegsteilnehmern, die Veteranen- beihilfe von jährlich 100 Mk. beziehen, wird auch in diesem Jahre eine einmalige Zulage von 50 Mk. gewährt. Diese soll allen die erwähnte Veteranenbeihilfe beziehenden ehe- maligen Kriegsteilnehmern ausbezahlt werden, die am 1. August 1919 am Leben waren.

Ein Brief Hindenburgs. Das Verhältnis der Obersten Heeresleitung zum unbeschränkten U-Boot-Krieg behandelt ein Brief Hindenburgs an den Prinzen Max von Baden, der jetzt veröffentlicht wird. Aus ihm geht hervor, daß nach Hindenburgs Ansicht Bethmann-Dollweh nicht an den Ernst des Wilsonschen Friedensvertrages glaubte und sich als den allein Verantwortlichen für den unbeschränkten U-Boot- krieg betrachtete.

Erhöhung der Eisenbahntarife. Zur Zeit schweben Ver- handlungen zwischen Vertretern der deutschen Eisenbahn- verwaltungen über die Frage, wie die großen finanziellen Verluste der Eisenbahnen ausgeglichen werden können. Die Eisenbahnen müssen dazu notwendigen eine abermalige Er- höhung der Tarife eintreten lassen, die im Durchschnitt 100 Prozent betragen müßte. Um eine allzuhohe Mehrlast- belastung von Handel und Verkehr möglichst zu vermeiden und in der Hoffnung, daß mit Eintritt ruhiger Arbeitsver- hältnisse eine Besserung der augenblicklichen Lage eintritt, soll zunächst jedoch die Erhöhung nicht in diesem vollen Um- fang in Aussicht genommen werden. Doch heißt, daß sowohl Güter- wie Personenverkehr herangezogen werden müssen. Unter den Vertretern aller beteiligten Regierungen herrscht über die grundsätzliche Notwendigkeit der Tarifserhöhung und ihre möglichst beschleunigte Durchführung völlige Einigkeit.

Die Koalitionsbestrebungen. Auf Befehl des französi- schen Kontrollkommissars mußten in der Pfalz sämtliche An- schläge entfernt werden, worin gegen die Bestrebungen der pfälzischen Landesverräter protestiert wird. — „Mandator Guardian“, das führende Blatt der englischen Liberalen, schreibt mit auffälliger Schärfe: Der „Times“, ein halb- amtliches Organ des französischen Auswärtigen Amtes, ver- öffentlicht eine überraschende Mitteilung. Danach hätte die Verbandskommission, der die Verwaltung des besetzten Rhein- gebiets obliegt, erklärt, sie würde nicht mit der Regierung in Berlin verhandeln, sondern nur mit den Vertretern der unabhängigen Regierungen, die sich am linken Rheinufer gebildet haben. In dieser erstaunlichen Information sind zwei Bemerkungen zu machen: erstens existieren derartige Regierungen überhaupt nicht. Ein Versuch, eine solche Re- gierung zu bilden, ist zwar in Wiesbaden gemacht worden, aber er ist vollkommen gescheitert. Das die Verbandskom- mission des Rheingebets, die aus Vertretern Belgiens,